ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

BUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
S203426

4. Jahrgang | Mai-Ausgabe 1970 | Preis 40 Pfg.



Der Internationale Arbeiterkongreß in Paris erklärte 1889 den 1. Mai zum einheitlichen Kampftag des Weltproletariats. Millionen Arbeiter gaben sich über alle Grenzen hinweg die Hände und vereinigten sich zum entschlossenen Kampf gegen die internationale Kapitalistenklasse. Noch frisch war in jedem Arbeiter die Erinnerung an das furchtbare Blutbad, das drei Jahre vorher eine Polizeigarde des amerikanischen Kapitals unter demonstrierenden Chicagoer Arbeitern angerichtet hatte. Seit jenen Tagen ist der 1. Mai Ausdruck der Einheit, Kampfesstärke und des unbeugsamen Willens der internationalen Arbeiterklasse, sich das kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem vom Halse zu schaffen und für immer hinwegzufegen. Immer wieder versuchte die herrschende Klasse, die Arbeiterkolonnen bei Demonstrationen durch bewaffnete Provokationen zu stoppen und sie durch Massenentlassungen einzuschüchtern. Doch unter größten Opfern verteidigte die deutsche Arbeiterklasse ihren Kampftag.

Karl Liebknecht erhob am 1. Mai 1916 in Berlin seine Stimme gegen imperialistischen Raubkrieg und Völkermord. Für den 1. Mai 1929 gab die KPD unter Führung Ernst Thälmanns die Losung "gegen Hunger, Krieg und Faschismus" aus. Trotz Demonstrationsverbot vereinigten sich tausende Berliner Arbeiter zu einer machtvollen Demonstration. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel gab Befehl zum Mord und ließ aus dem Hinterhalt auf marschierende Arbeiter schießen. 33 Arbeiter wurden getötet.

Nach 1945 muß die westdeutsche Arbeiterklasse den Kampf für die Befreiung vom kapitalistischen Joch weiterführen. Am 1. Mai 1952 gehen Millionen westdeutsche Werktätige gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz und die Remilitarisierung der Bundesrepublik auf die Straße.

Die deutsche Arbeiterklasse muß ihren Kampftag nicht nur gegen die Gewalttaten der Kapitalisten und ihrer Polizei mit aller Entschlossenheit verteidigen. Immer wieder hemmen verräterische Gewerkschaftsbonzen die Kampfkraft des Proletariats im Interesse der Herrschaft der Profite der Kapitalisten.

Der Kampf der unterdrückten Völker gegen die Imperialisten

Die gegenwärtige Epoche ist gekennzeichnet durch einen enormen Aufschwung des weltweiten Befreiungskampfes der unterdrückten Nationen gegen ihre imperialistischen Ausbeuter und Unterdrücker. Der Hauptfeind der unterdrückten Völker, der US-Imperialismus, muß in Süd-Vietnam, Laos und Kambodscha immer neue Niederlagen und schwere Verluste einstecken und steht vor seiner baldigen Vertreibung aus diesen Ländern. Die geknechteten Völker Südamerikas wehren sich immer erbitterter gegen die brutale Ausbeutung durch das amerikanische Monopolkapital und deren Komplicen, den reaktionären Marionettenregierungen auf diesem Kontinent. Auch in den noch abhängig gehaltenen afrikanischen Kolonien wie in Mozambique, Guinea und Angola weitet sich der revolutionäre Funke des Befreiungskampfes allmählich zum Steppenbrand aus und wird den imperialistischen Aggressor bald vernichten. Ebenso wächst der Kampf der arabischen Volksmassen gegen den räuberischen Zionismus, seinen direkten Verbündeten, den amerikanischen Imperialismus und seinen geheimen Komplicen, die neuen Kremlzaren.

Der Kampf der werktätigen Massen in den imperialistischen Länder

Nicht nur die Widersprüche zwischen den unterdrückten Völkern und den imperialistischen Ländern, sondern auch die Klassengegensätze in den imperialistischen Ländern selbst verschärfen sich von Tag zu Tag. In den USA bringen sie die herrschende Klasse in eine immer aussichtslosere Lage. Einerseits die anschwellenden Kämpfe der afroamerikanischen Massen, andererseits die heftiger werdenden Klassenzusammenstöße zwischen dem weißen Proletariat und der Bourgeoisie,

das alles schwächt das Monopolkapital. Die Fäulnis des Imperialismus zeigt sich in den USA im ständigen Wachsen des Arbeitslosenheeres (bis jetzt ca. 7 Millionen) und in der steigenden Inflationsrate (1969 : 5-7%).

Auch in Westeuropa erstarkt wieder der Kampf der werktätigen Massen gegen die überlebte kapitalistische Ordnung. Der Pariser Mai 1968, der Generalstreik in Italien im Herbst 1969, Streiks in Schweden, Belgien, Spanien, Westdeutschland und Westberlin sind deutliche Anzeichen dafür.

Dic Volksrepublik China steht fest auf der Seite der kämpfenden Volksmassen

Die Hoffnungen der Werktätigen der ganzen Welt, die sie in den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion setzten, erfüllten sich auch im antifaschistischen Kampf der europäischen Völker unter der Führung der Sowjetunion und ihrer siegreichen Roten Armee. Doch die Hoffnung wurde bald darauf durch den Verrat der Chruschtschow-, Breschnew- und Kossygin-Clique an der proletarischen Politik enttäuscht. Statt proletarischen Internationalismus jetzt Großmachtpolitik - das zeigt sich bisher am klarsten im Überfall auf die CSSR.

Die Volksrepublik China, die weiterhin die korrekte Linie des proletarischen Internationalismus verfolgt und den revolutionären Befreiungskampf der ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen aller Länder selbstlos unterstützt, entwickelte sich unter diesen Bedingungen zum Hauptbollwerk der Weltrevolution. Deshalb bauen US-Imperialismus und sowjetischer Sozialimperialismus "Sicherheitszonen", sprich Angriffspakte, auf. Sie sind gegen das sozialistische China gerichtet.

Durch das Wiedererstarken von Westdeutschland und Japan ergab sich eine Kräfteverschiebung zwischen den imperialistischen Staaten. Jetzt fordern vor allem diese beiden Staaten eine erneute Aufteilung der Interessengebiete der Welt. Dadurch geraten sie in wachsenden Widerspruch zu ihren Hauptkonkurrenten, dem US-Kapital. Beispielhafter Ausdruck dieses Konkurrenzkampfes ist das Ringen um Absatzmärkte und politischen Einfluß in Südamerika. So errang Siemens das Monopol im argentinischen Uranabbau und seiner Verwertung trotz der Konkurrenz der amerikanischen Mammutkonzerne.

Für die Auseinandersetzung mit dem US-Kapital war die Erringung der Vorherrschaft in der EWG eine wichtige Voraussetzung für den westdeutschen Imperialismus. Diese Machtposition nutzt er zur Ausbeutung der westeuropäischen Völker aus. Zur Erweiterung seiner globalen Macht hält er noch mit der wichtigen Rolle seiner Währung, der DM, eine entscheidende Waffe in den Händen. Auf der anderen Seite wird die führende Währung, der US-Dollar, durch die Verschuldungspolitik der Nixon-Regierung immer schwächer. Dieser Widerspruch zwischen DM und Dollar zieht immer mehr Währungen in den Strudel der Währungskrise. Das führte bereits zur Abwertung zweier so wichtiger Währungen wie Pfund und Franc. Der Vormarsch des westdeutschen Monopolkapitals zeigt sich deutlich im wachsenden Widerstand gegen weitere Tributzahlungen an die US-Regierung - siehe den jüngsten Besuch der Brandt-Delegation in Washington, (die Bonner 250 000 US-Soldaten 4 Milliarden "Devisenausgleich").

Die nationale Entwicklung Deutschlands nach 1945

Die vollständige militärische Zerschlagung des Hitler-Faschismus durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten legte die Grundlagen für den Aufbau eines einheitlichen deutschen demokratischen Staates.

Die internationale Kräfteverschiebung zugunsten des Sozialismus ermöglichte ein wirksames Eintreten der Sowjetunion für diese den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprechende wahrhaft demokratische Forderung. Sie wurde in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz zur völkerrechtlich verbindlichen Grundlage des deutschen Staatsaufbaus erklärt.

Die Imperialisten, die durch den Druck der demokratischen Kräfte gezwungen wurden, diese Forderungen zu

akzeptieren, zeigten jedoch immer offener ihre wahren Ziele: Wiederaufbau eines imperialistischen von den USA abhängigen Deutschland als Bollwerk gegen die Sowjetunion.

Als sie sahen, daß sie dieses Ziel nicht in ganz Deutschland verwirklichen konnten, setzten sie es unter Bruch des Potsdamer Abkommens in den westlichen Besatzungszonen durch. Eine wirksame Unterstützung erhielten sie dabei genau von den Kräften, die bereits die Machtergreifung des Hitler-Faschismus ermöglicht hatten (Abs, Flick, Krupp, Thyssen, Siemens usw.). Als Lohn erhielten sie erneut die führenden Positionen in Staat und Wirtschaft.

Diese Politik gipfelte in der Gründung der Bundesrepublik, die die Einheit des deutschen Staates sabotiert und die Spaltung der deutschen Nation vorbereiten sollte.

Trotz zahlreicher Störversuche - Tätigkeit der westlichen Geheimdienste, Sabotageakte, Einschmuggeln von Falschgeld, Abwerbung von Arbeitskräften usw. - setzten sich die antifaschistischen Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone durch. Sie errichteten in diesem Teil Deutschlands eine antifaschistisch-demokratische Ordnung und stellten durch die Enteignung der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer die Weichen für den Aufbau des Sozialismus. Die Gründung der DDR, des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates, war die Antwort auf die Gründung der Bundesrepublik. Dieser Aufbau, der unter Führung der KPD, später SED erfolgte, wurde durch die Unterstützung der Sowjetunion gewährleistet.

In der Bundesrepublik dagegen wurde unter einer demokratischen Tarnkappe die alte monopolkapitalistische Ordnung wieder aufgebaut und die Spaltung der deutschen Nation durch Eintritt in den militärischen Angriffspakt der NATO weiter zementiert. Die Remilitarisierung des kapitalistischen Staates durch den Aufbau der Bundeswehr und Forderung nach Atombewaffnung, die politische Unterdrückung der Werktätigen durch das reaktionäre, dem Faschismus entlehnte Betriebsverfassungsgesetz und das erneute Verbot der unter der faschistischen Herrschaft grausam verfolgten Kommunistischen Partei Deutschlands machen den Klassencharakter des kapitalistischen Staates überaus deutlich. Mit diesem Staatsapparat halten die Kapitalisten eine Waffe zur Niederhaltung und Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung in den Händen. Nach der Wirtschaftskrise 66/67 haben sie sich durch die Notstandsgesetze die rechtlichen Grundlagen geschaffen, um durch die Bundeswehr politische Aktionen der Arbeiterklasse im Blut ersticken zu können.

Die Kriese verschärft sich

Seit dieser Wirtschaftskrise beraten Vertreter der Kapitalisten, deren Regierung und Gewerkschaftsführer gemeinsam in der "konzertierten Aktion", wie das Proletariat noch mehr ausgebeutet werden kann. Als Erfüllungsgehilfen des Monopolkapitals ließen sich die Gewerkschaftsführer von Unternehmern Lohnleitlinien diktieren, damit sie trotz der Wirtschaftsflaute die Profite steigern konnten. Durch Regierungsaufträge an die Konzerne aus Steuergeldern der Werktätigen, durch Rationalisierung und verschärfte Arbeitshetze in der Produktion schien selbst im Krisentunnel für die Reichen die Sonne. Der nachfolgende Wirtschaftsaufschwung 1968/69 ließ den Profit in die Räuberhöhlen der Konzernherren und Großaktionäre nur so strömen. Für die arbeitende Klasse veränderte sich nicht viel. Angesichts der Akkordhetze und Feiertagsschichten hatten die Industriearbeiter im Herbst 1969 die Nase voll, sich von der Gewerkschaftsbürokratie noch länger hinhalten zu lassen. Gegen deren Willen setzten sie selbständig ihre eigenen Lohnforderungen durch.

In den Septemberstreiks zeigten über 100 000 Eisen- und Stahlarbeiter den Konzernbossen und Gewerkschaftsbürokraten die Kampfkraft und Entschlossenheit der Arbeiterklasse. Obwohl der proletarische Riese nach längerem Schlaf lediglich nur mit den Augen zwinkerte und nicht einmal die Glieder bewegte, vom Aufstehen ganz zu schweigen, saß den Unternehmern die Angst im Nacken. Jedenfalls boxten die kämpfenden Arbeiter in wenigen

Tagen mehr Arbeitsverbesserungen durch, als die Gewerkschaftsbürokraten am grünen Tisch der Unternehmer im Zeitraum von 2 Jahren. Daß die Gewerkschaftsbürokratie nun ganz offen gegen die Arbeiterklasse im Interesse der Monopolkapitalisten handelt, kommt in dem Ausschlußverfahren zum Ausdruck, das der IG-Metallvorstand gegen 42 am Klöcknerstreik in Bremen beteiligte Mitglieder einleitete.

Doch inzwischen sind die erkämpften Lohnerhöhungen durch steigende Lebenshaltungskosten auf dem Lebensmittel-, Miet-, Bildungs- und Sozialsektor längst wieder weggefressen. Gegenwärtig füllen sich die Geldsäcke der Konzernherren und Großaktionäre durch eine beispiellose Profitoffensive. Über die Teuerung der Lebenshaltungskosten rauben sie die Geldbeutel der Arbeiter und der übrigen Werktätigen immer brutaler aus. Bei den meisten Arbeiterfamilien reicht das Geld gerade bis zum nächsten Ersten.

Die Kluft zwischen dem, was die industrielle Entwicklung ermöglicht (kostenlose Wohnungen, kostenlose Gesundheitsversorgung, usw.) und dem, was tatsächlich geschieht (enorme Preissteigerungen, Steuererhöhungen, Steigerung der Krankheitskosten, usw) wird immer erdrückender. Das kommt daher, daß sich die Kapitalisten das privat aneignen, was die Arbeiter und übrigen Werktätigen gemeinsam herstellen.

Den Arbeitern und allen übrigen Werktätigen sagen wir damit, daß sie durch die Kapitalistenklasse und ihre Handlanger in Staat und Gewerkschaftsführung ausgebeutet und unterdrückt werden, bestimmt nichts Neues. Die für die Arbeiterklasse entscheidende Frage ist: Wie kann sie sich von Ausbeutung und Unterdrückung befreien? Für einen erfolgreichen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung - d.h. eben Kampf für den Sozialismus, muß die Einheit der Arbeiterklasse und ihr festes Bündnis mit den anderen werktätigen Massen hergestellt werden.

Wer stellt die Einheit her?

Diese Einheit wird nicht von selbst entstehen. Sie kann nur unter Führung des fortschrittlichsten, klassenbewußtesten und deshalb revolutionärsten Teils der Arbeiterklasse im Klassenkampf hergestellt werden. Diese fortschrittlichsten Kräfte der Gesellschaft organisieren sich in der Kommunistischen Partei und bereiten das Proletariat unermüdlich auf die entscheidenden Kämpfe vor. Welche Interessen hat die Kommunistische Partei?

"Die Kommunistische Partei hat keine von den Interessen der Arbeiterklasse verschiedenen Interessen. Die Kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Masse der Arbeiter dadurch, daß sie den ganzen geschichtlichen Weg der Arbeiterklasse überschaut und an allen Wendepunkten dieses Weges nicht die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit verteidigt." (Lenin)

Das tatsächliche Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist der Kampf für den Sozialismus, einer Gesellschaftsordnung, in der die Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei die politische und wirtschaftliche Macht in den Händen hält und zum Nutzen der überwiegenden Mehrheit des Volkes verwendet. Darum ist jeder Verrat am Kampf für den Sozialismus (wie er von der DKP und der SEW betrieben wird), jeder Verrat am Aufbau des Sozialismus (wie ihn die SED betreibt) ein Verrat an diesen wahren Interessen der Werktätigen, der überwältigen Mehrheit des Volkes.

Braucht die Arbeiterklasse eine Führung durch die KOMMUNISTISCHE PARTEI

Die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung zeigen, daß ohne die kommunistische Partei die Errichtung der politischen Macht des Proletariats und deren Festigung nicht möglich ist. Die Führung des Kampfes der Arbeiterklasse für den Sozialismus durch ihre organisierte Vorhut, die Kommunistische Partei, das bedeutet für die Arbeiterklasse genau den Kompaß zu haben, der sicherstellt, daß sie auf dem schnellsten Weg und dem geringsten Aufwand an Opfern die sozialistische Macht errichtet.

Sich gegen den korrekten Aufbau dieser Partei auszusprechen und zum Beispiel zu sagen: "Das ist noch viel zu früh!" ist dasselbe, als ob man sagt: "Lassen wir das Schiff ruhig noch ziellos treiben, wählen wir den längsten Weg, sollen die Arbeiter doch noch viele Opfer tragen, usw." Daß eine derartige Haltung ein Verrat an den Interessen des Proletariats ist, brauchen wir nicht weiter auszuführen.

Die Partei der Arbeiterklasse ist jedoch nicht nur der Kompaß, sondern gleichzeitig der Steuermann im Kampf der Arbeiterklasse. Sie muß die Massen anhand der als richtig erkannten Ziele des Kampfes um sich sammeln und in diesem Kampf führen.

Um das Schiff (die Arbeiterbewegung also) sicher zum Ufer des Sozialismus zu führen, müssen alle Klippen, Untiefen und weiteren Gefahren auf diesem Weg erkannt werden. Diese Kenntnis erwirbt sich die Partei auf der Grundlage der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, deren exakte Verallgemeinerung die Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Natur und der Gesellschaft, die Wissenschaft von der Revolution der unterdrückten und ausgebeuteten Massen, die Wissenschaft vom Sieg des Sozialismus in allen Ländern, die Wissenschaft vom Aufbau der kommunistischen Gesellschaft ist. Diese revolutionäre Betrachtungsweise der Entwicklung der Menschheit, ist der wissenschaftliche Ausdruck der Grundinteressen der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus und die Mao Tsetungideen, die die Richtschnur des Handelns jeder Kommunistischen Partei sind und die sie unter Berücksichtigung der konkreten Situation ihres Landes anwenden muß.

Die DKP und die SEW haben die Prinzipien des Marxismus-Leninismus verraten, erfüllen nicht mehr die Aufgaben kommunistischer Parteien und sind zu neuen sozialdemokratischen Parteien entartet. Statt die Arbeiterklasse im ökonomischen und politischen Kampf zu führen, hängen sie sich an die Forderungen der Gewerkschaften an, die sich in den Augen der Arbeiter zum Beispiel in den Septemberstreiks als rückschrittlich entlarvten. Das Verhalten in diesen Streiks ist eines der Beispiele aus der Politik dieser Parteien, die den Arbeitern vortäuschen, daß sie in diesem System mehr als nur eine kurzzeitige und relative Verbesserung ihrer Lage erreichen könnten. Diese revisionistischen Parteien haben den Kampf für den Sozialismus aufgegeben und hängen sich an die Politik der Gewerkschaftsbonzen an. Dieser Verrat an den Grundinteressen der Arbeiterklasse ist die Ursache für unsere Trennung von diesen Parteien.

Damit wurde der Neuaufbau einer wahrhaft kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten notwendig. Den Aufbau dieser Partei haben wir in Angriff genommen.

Wir stehen vor folgenden Aufgaben: Vorrangig ist die Gewinnung der Vorhut der Arbeiterklasse für den Kommunismus, Kader heranzubilden und das Programm sowie die Grundlagen der Taktik für den Kampf der Arbeiterklasse auszuarbeiten. Je besser wir diese Aufgaben erfüllen, desto leichter wird es uns möglich sein, die breiten Massen der Arbeiter und übrigen Werktätigen für den revolutionären Kampf zu gewinnen. An der Spitze des Kampfes wird die KPD/ML als Vorhut die Arbeiterklasse und ihren Verbündeten in die entscheidenden Klassenschlachten führen.

Das Proletariat ist noch unentschlossen, zersplittert und sich über seine eigentlichen Interessen noch nicht im klaren. Deshalb ist es notwendig, daß alle fortschrittlichen Kräfte den Aufbau der KPD/ML unterstützen. Der Aufbau der KPD/ML muß entschieden in Angriff genommen werden, damit das Proletariat seine historischen Aufgaben wahrnehmen kann.

KÄMPFEN WIR FÜR DIE EINHEIT DER ARBEITERKLASSE!

BAUEN WIR EINE STARKE KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN!

Die Sowjetrevisionisten verkaufen die Interessen der DDR

Der Marathonlauf der Revisionisten nach Bonn, die verschiedenen Treffen der Politiker Westdeutschlands mit denen des Ostblocks, einschließlich der Begegnung in Erfurt, stellen keine Neuerscheinung in den Beziehungen der herrschenden volksfeindlichen Cliquen in Ost und West dar. Diese Beziehungen begannen bereits zur Zeit der christlich-demokratischen Herrschaft in der Ära Adenauer, der sich noch während der Regierung Ehrhards sehr positiv über die Entwicklung in der Sowjetunion ausließ. Adenauers Feststellung, daß die Sowjetunion kein kommunistisches Land mehr sei, war die offizielle Akkreditierung der Sowjetunion als kapitalistischer Teilhaber durch die westdeutsche Regierung.

Nun tritt der Dialog, der von beiden Seiten gegenüber den Volksmassen psychologisch und ideologisch vorbereitet wurde, in die Phase konkreter Verhandlungen und Abmachungen, in die Phase der Festlegung der Voraussetzungen für den Abschluß eines globalen expansionistischen und imperialistischen Abkommens der USA mit der Sowjetunion auch hinsichtlich Europas.

Tagesordnung der Gespräche sind "Verträge über gegenseitigen Gewaltverzicht", Abschlüsse von großen Handelsabkommen auf lange Sicht, die Herstellung allseitiger Beziehungen der revisionistischen Länder mit Bonn im Auftrage der Sowjetunion.

Die bilaterale diplomatische Aktivität zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland hinsichtlich der Schlüsselfrage in Europa, der Deutschlandfrage, erweckt die Beunruhigung aller Völker unseres Kontinents. Sie stehen heute vor einer Situation, in der ein neues ungeheuerliches, revisionistisch-imperialistisches Komplott, das sich gegen die souveränen Staaten Europas, aber auch gegen die Völker der ganzen Welt richtet, geschmiedet wird.

Die neue Ostpolitik Bonns und die bedrohliche Änderung in der Haltung der jetzigen sowjetischen Regierung zur deutschen Frage bezeichnet das von beiden Regierungen angezielte neue Kräfteverhältnis in Europa, das der Stärkung der aggressiven Pläne des sowjetischen Imperialismus und des westdeutschen Militarismus dienen soll. Die westliche Presse unterstreicht täglich die Bedenken und die Unruhe der europäischen machthabenden Bourgeoisie und deren Bemühungen im Rahmen der amerikanisch-sowjetischen Allianz auch zum Zuge zu kommen und schreibt davon, daß man sich bemühe, Europa erneut im "Gleichgewicht" zu halten. Worauf zielt diese Politik ab?

Wie der amerikanische Imperialismus, so ist auch die Breschniew-Kossygin-Clique gleichermaßen schon seit langem daran interessiert, sich den Rücken in Europa zu decken, ihre Einflußsphären in diesem Raum zu wahren, um das volle Gewicht ihrer expansionistischen und aggressiven Strategie nach Osten zu werfen. Diesen Absichten sind auch die berüchtigten Initiativen hinsichtlich der "europäischen Sicherheit" und einer "europäischen Sicherheitskonferenz" untergeordnet sowie die Vorschläge zur Liquidierung und Fusionierung des Warschauer Pakts mit der NATO, die Verringerung der Truppenkontingente in Europa usw. Jedoch stieß sich die Durchführung dieser Pläne stets an der "Deutschlandfrage", vor allem aber an der Starrheit der westdeutschen Monopolbourgeoisie, die nicht geneigt ist, ihre Loyalität billig zu verkaufen.

Ganz im Gegenteil, je mehr sich die inneren und äußeren Schwierigkeiten der Sowjetrevisionisten steigerten, je mehr sich die Politik der Sowjetunion nach Osten richtet, desto höher treibt Bonn seine Preise für Verhandlungen mit den Revisionisten. In dieser Lage verschleudern die sowjetischen Revisionisten die staatliche Souveränität und die Interessen der Bevölkerung der DDR an die Imperialisten.

Der christliche Demokrat Adenauer und seine Parteifreunde hatten während ihrer Verhandlungen mit der Sowjetunion keineswegs die Hoffnung auf die Schaffung eines großdeutschen europäischen Reiches aufgegeben, ja sie stützten sich gerade auf den Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion. Sie machten die Bundeswehr zur Hauptstütze der NATO und Westdeutschland

zum Hauptaufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder Europas.

Unter den neuen Gegebenheiten, unter denen die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Revisionisten zu engsten Bundesgenossen geworden sind, deren Ziel es ist, den Status Quo in Europa zu konsolidieren und die Herrschaft eines jeden Partners über dessen jeweilige Einflussphäre zu verstärken, ist jedoch eine solche Strategie sinnlos geworden, ganz abgesehen davon, daß es heute unmöglich ist, daß die westdeutschen Militaristen weiterhin an ihren veralteten Methoden festhalten.

Anders als die Regierungen Adenauer, Ehrhard und Kiesinger, die die DDR und die polnischen Gebiete jenseits von Oder und Neisse mit Gewalt einverleiben wollten, wedelt die Regierung Brandt-Scheel mit dem Ölzweig und dem Geldbeutel, bleibt aber in der Sache hart.

Die Spitzenführer der SPD-FDP-Koalition ließen nie darüber Zweifel aufkommen, daß sie sich als Vertreter und Verteidiger der ökonomischen und politischen Interessen der westdeutschen Monopole ganz in den Dienst des Revanchismus und Militarismus stellen. Brandt erklärte wiederholt, daß er, was die Realitäten des Nachkriegs anbeträfe, keinerlei Konferenzen oder Verhandlungen akzeptieren werde, die zur "Zementierung der Teilung Deutschlands und Europas" führen". Zum Vertragsentwurf Ulbrichts vom Dezember an die Bonner Regierung wiederholte er seinen bekannten Standpunkt, daß "die DDR nicht als Ausland zu betrachten sei und Lösungen gefunden werden müßten, um den beiden Teilen Deutschlands zu ermöglichen, sich voneinander nicht abzusondern", und daß "beide deutsche Staaten zwei Teile einer Nation seien und nicht Fremdstaaten".

Die berüchtigte Hallsteindoktrin liegt nach wie vor der Bonner Politik zugrunde. Die Bonner Regierung ist nicht nur gegen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR als souveräner Staat, sie verhehlt auch nicht ihre Gier, die DDR einzuverleiben; sie bemüht sich nach wie vor, die DDR zu isolieren auch und vor allem gegenüber den anderen revisionistischen Staaten.

Brandts Haltung zur Oder-Neisse-Frage ist eindeutig. Seine Vorstellung ist, daß nur eine (westdeutsche) Zentralregierung über die bestehenden "zwei Teile Deutschlands" befinden kann. Er betonte wiederholt, daß die "neue Ostpolitik der Bundesregierung" nicht nur den Interessen Westdeutschlands, sondern gleichfalls den Interessen der westlichen Verbündeten entspräche.

Bonn gibt nicht nach, kommt aber Gesprächen nach, weil es richtig analysiert hat, daß seine östlichen Gesprächspartner in jeder Weise zum Nachgeben und zur Verschleuderung der Interessen der Völker der ehemaligen sozialistischen Länder bereit sind.

Nachdem ihre amerikanischen Verbündeten, vom den Revisionisten in Europa abgesichert, begonnen haben, ihre imperialistische Aggression und Expansion gegen die Länder Asiens und Lateinamerikas zu intensivieren, ist Brandts "neue Ostpolitik" das Resultat der Veränderungen, die in der Politik der Sowjetunion gegenüber den USA vor sich gegangen sind.

Die taktische Wendung der deutschen Militaristen, die sich nun an der neuen Globalstrategie des "Friedens in Europa" und des Kriegs in Asien orientieren, konnte nicht mehr durch die alten, abgedroschenen Pläne der christlichen Demokraten, die als Anhänger einer ultrarevanchistischen Politik der Gewaltanwendung diskreditiert waren, durchgesetzt werden. Die deutsche Monopolbourgeoisie benötigt die Sozialdemokraten, die als Opposition nicht in einem solchen Ausmaß mit der Ostpolitik der Dulles/Adenauer-Ära verbunden waren. Der Pferdewechsel in Bonn verschaffte außerdem den Moskauer Machthabern eine leichte Handhabe zur Rechtfertigung ihres Schachers mit Westdeutschland.

Zur Vorbereitung der öffentlichen Meinung in den Hauptstädten der revisionistischen Länder in Bezug auf die enge Zusammenarbeit der revisionistischen Cliquen mit Bonn gehören schon seit geraumer Zeit beifällige Erklärungen der Revisionistenhäuptlinge zugunsten der neuen Bonner Regierung, die wegen ihrer "realistischen Haltung" gelobt wird. Obwohl die Revisionisten von Fall zu Fall taktische Rückzüge machen (dazu gehören auch die "Angriffe gegen die westdeutsche Regierung" im "Neuen Deutschland" nach dem Erfurter Treffen) können sie jedoch nicht ihre Begeisterung für die Brandt-

Scheel-Regierung verhehlen. Unter dem Vorwand der "Verbesserungen der Bedingungen für die Beziehungen zur BRD" schaffen die Revisionisten den westdeutschen Revanchisten und Militaristen die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer politischen und territorialen Ziele in Osteuropa auf "friedlichem Wege".

Andererseits vergolden die westdeutschen Monopole die Bereitwilligkeit der modernen Revisionisten. Die Regierung Brandt-Scheel gab grünes Licht für das große sowjetisch-westdeutsche Wirtschaftsabkommen, an dem die westdeutschen Monopole und Banken doppelt und dreifach profitieren, wonach Thyssen und Mannesmann der Sowjetunion 1,2 Millionen t. Stahlrohre für eine Erdgasleitung auf Kredit liefern, die 20 Jahre lang billiges sibirisches Naturgas an Westdeutschland abführt. Weiterhin ist Bonn bereit, der Gomulkaclique und den anderen Moskauer Satelliten horrende Kredite einzuräumen, mit denen es die einstigen sozialistischen Länder unterminiert und in seine Abhängigkeit zwingt.

Scheel sagte: "In unserer Ostpolitik sind wir in der Initiative und meinen dabei bessere Chancen und Erfolge zu haben als jemals zuvor in der Geschichte des Nachkriegs."

Die Chancen, von denen Scheel spricht, sind die alten politischen Ambitionen der westdeutschen Revanchisten, den Weg zu einer allseitigen Durchdringung in den revisionistischen Ländern vorzubereiten, dabei die DDR mit einzubeziehen oder sie zu umgehen, um sie schließlich doch zu annektieren.

Dabei ist ihnen die Breschniew-Kossygin-Clique eine große Hilfe. Die Sowjetunion ist nun zu einem aggressiven sozial-imperialistischen Staat geworden, der mit allen Mitteln versucht, sein Zarenreich zu erweitern. Dazu gehört die weitere Verstärkung ihrer Herrschaft über ihre eigenen Satellitenländer. Andererseits opfert sie dem kapitalistischen Moloch die DDR, die lange Zeit der wichtigste Vorposten des sozialistischen Lagers gegenüber dem westlichen Imperialismus war. Natürlich ist auch die Sowjetunion bestrebt, die DDR nicht billig abzugeben; wie überall handeln sie heute, so [illegible] nach den Pr[illegible]pien der imperialistischen Gesetze der Aufteilung in Einflußbereiche.

Die Logik des Nachgebens und der gegenseitigen territorialen Entschädigung mit den USA im Weltmaßstab treibt sie dazu, die souveränen Interessen der DDR preiszugeben. Außerdem ist sie an einem großen, ihr gegenüber freundlich gesinnten Deutschland und Europa, einer weiten neutralen Zone zur Absicherung ihrer weltweiten aggressiven Aktionen interessiert.

Daß die Sowjetunion diese besondere Absicherung gerade von Bonn erwartet und nicht etwa von der NATO, der Westdeutschland angehört, belegt, auch im Zusammenhang mit ihren Bemühungen mit Westdeutschland zu Gewaltverzichtsabkommen zu gelangen, diese Absicht.

Welches Schicksal haben die sowjetischen Revisionisten für die DDR bestimmt? Ihre Forderung nach Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze und der Gewaltverzichtsvertrag mit Bonn, der die DDR ausklammert, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Sowjetunion ihre westlichen Verteidigungsgrenzen zukünftig nicht mehr an der Elbe, sondern an der Oder und Neisse aufbauen wird.

Die Moskauer Renegaten verschleiern demagogisch ihre wahren imperialistischen Absichten. Sie versuchen der Welt weiszumachen, die Deutschlandfrage soll den Deutschen selbst zur Lösung überlassen werden.

Obwohl sie ständig betonten, daß die Voraussetzung für Gespräche zwischen der DDR und Westdeutschland die volle Anerkennung der DDR als souveräner Staat durch Westdeutschland sei und ein einheitliches Deutschland nur mit einer provisorischen deutschen Regierung nach Abschluss des Friedensvertrages mit Deutschland (notfalls mit der DDR allein) zu Wege zu bringen sei, haben sie mit der Herstellung von diplomatischen Beziehungen mit Adenauers Westdeutschland im Jahre 1955 einen hinterlistigen Verrat an der DDR und am deutschen Volk begangen, obwohl sie wußten, daß Westdeutschland durchaus kein souveräner Staat ist, sondern ein von den USA wirtschaftlich und politisch abhängiges Land, was umgekehrt auch von der DDR gegenüber der Sowjetunion gilt. Im Kampf für die völkerrechtliche

Anerkennung der DDR als souveräner Staat, vor allem durch Westdeutschland, aber auch durch die anderen westlichen Länder hängt nicht nur eng mit der Verteidigung der DDR, sondern auch mit der wirklichen Sicherung des Friedens in Europa und mit dem Kampf gegen die aggressiven Pläne der Moskauer Imperialisten und Bonner Revanchisten zusammen.

Daß die Annäherung zwischen Bonn und Moskau zu einer Verminderung der Spannungen in Europa führe und die Gefahr in andere Kontinente verdränge, ist revisionistische Propaganda. Die amerikanischen und sowjetischen Aggressoren werden sich niemals auf Asien beschränken. Bevor sie den Angriff auf andere Länder unternehmen, werden sie Europa zu versklaven, dessen Freiheit und Unabhängigkeit abzuschaffen und die revolutionären Bewegungen der europäischen Völker zu erdrosseln suchen.

Deswegen ist heute, unter den Umständen der Annäherung und der gefährlichen Übereinkünfte zwischen den sowjetischen Revisionisten und den Bonner Revanchisten die Verteidigung der Interessen der DDR, ihre völkerrechtliche Anerkennung als unabhängiger und souveräner Staat ein Prüfstein für alle demokratischen Kräfte.

Die Entlarvung und die Zerschlagung der verbrecherischen Komplotte, die gegen die DDR geschmiedet werden, sind ein Schlag gegen die aggressiven imperialistischen und verräterisch revisionistischen Pläne der beiden imperialistischen Großmächte und ihrer servilen Diener in Bonn und Ostberlin.

Die Marxisten-Leninisten werden nach wie vor und entschieden die Interessen der Bevölkerung der DDR verteidigen. Die Gründung des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates ist eines der wichtigen Ereignisse nach dem 2. Weltkrieg. Es verzeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte Europas, weil damit den reaktionären und konterrevolutionären Kräften des deutschen Militarismus und Revanchismus und des Imperialismus überhaupt ein schwerer Schlag versetzt wurde.

Die wahren Marxisten-Leninisten und immer größere Teile des Volkes der DDR durchschauen die Manöver der Revisionisten, weil sie an der Praxis sehen, daß die DDR unter dem patriarchalen Kuratel der Sowjetrevisionisten nicht nur politisch zu einem Anhängsel des sowjetischen Revisionismus geworden ist, sondern dieses Land mit einem entwickelten industriellen und landwirtschaftlichen Potential zu einem ökonomischen Anhängsel degradiert wurde, das nach den Wünschen und Direktiven Breschniews, Kossygins und ihrer Clique handelt.

Alle freiheitsliebenden Völker der Welt, die wahren Revolutionäre, müssen sich zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik und deren souveränen Interessen erheben. Die Marxisten-Leninisten werden die gerechte Sache der DDR mit Nachdruck bis zum letzten verteidigen, gegen alle imperialistischen Wölfe, die sich um sie herumschleichen, die sie zur Kapitultion treiben und einverleiben wollen.

Wir sind davon überzeugt, daß das deutsche Volk, das mit dem deutschen Faschismus, dem deutschen Revanchismus und dem deutschen Revisionismus bittere Erfahrungen gemacht hat, aus dem Verlauf der Geschehnisse die Konsequenzen ziehen wird. Der Weg des deutschen Volkes ist der seiner ruhmreichen Söhne Marx und Engels und der großen Führer des Weltproletariats Lenin, Stalin und Mao Tsetung.

RADIO PEKING

Täglich auf Kurzwelle

19,00 - 20,00 Uhr 43,7 - 42,8
40,8 und 25,6 m

21,00 - 22,00 Uhr 43,7 - 42,8
und 31,7 m

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis 40 Pfennig. Jahresbezugspreis: 7,40 DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Nr. 2627 67

PSchA Hamburg

ÜBER DIE BERICHTIGUNG FALSCHER ANSICHTEN IN DER PARTEI

Im Dezember 1929 legte Vorsitzender Mao Tsetung der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation des 4. Korps der Roten Armee einen Beschlußentwurf vor "Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei" (Mao Tsetung, Ausgewählte Werke, Band I, S. 119-132). Das ist ein sehr wichtiges Dokument, das auch von uns immer wieder gelesen werden und auf unsere Situation angewandt werden muß.

Unsere Partei hat sich seit ihrer Gründung organisatorisch und ideologisch gestärkt und schreitet, geführt von ihrem ZK, mutig auf dem Weg des Marxismus-Leninismus voran. Natürlich betrachten das alle möglichen kleinbürgerlichen und opportunistischen Elemente mit Neid und Abscheu. Sie sehen, daß ihnen das Wasser abgegraben wird und daß sie nicht mehr so wie früher mit lautem Geschrei für ihre links- und rechtsopportunistischen Ladenhüter Reklame machen können. Natürlich spiegeln sich solche Widersprüche auch innerhalb unserer Partei wieder.

Vorsitzender Mao Tsetung schreibt: "Die verschiedenen falschen Ansichten in der Parteiorganisation des 4. Korps rühren von der Tatsache her, daß die organisatorische Basis der Partei größtenteils aus Bauern und Leuten anderer kleinbürgerlicher Herkunft besteht; aber das Fehlen eines einmütigen und entschlossenen Kampfes der Parteileitungen gegen diese falschen Ansichten und der Erziehung der Parteimitglieder im Sinne der richtigen Parteilinie ist ebenfalls eine wichtige Ursache für das Bestehen und die Entwicklung solcher falschen Ansichten." Das trifft für unsere Partei nicht in vollem Umfang zu. Wir dürfen aber nicht glauben, daß wir nicht auch bei uns den Kampf führen müssen gegen kleinbürgerliche und opportunistische Elemente. Wenn wir die Notwendigkeit dieses Kampfes nicht sehen würden, wären wir Träumer, und es gäbe ein böses Erwachen.

Vorsitzender Mao Tsetung bekämpft in seiner Schrift verschiedene falsche Ansichten, die sich alle aus der kleinbürgerlichen Ideologie herleiten. Da ist zunächst die rein militärische Einstellung: "Sie meinen, die Aufgabe der Roten Armee sei der der weißen Armee ähnlichen und bestände lediglich im bloßen Kriegführen; sie begreifen nicht, daß die chinesische Rote Armee eine bewaffnete Organisation ist, die politische Aufgaben der Revolution ausführt."

Jetzt gibt es bei uns keinen Krieg. Aber eine ähnliche falsche Ansicht gibt es doch: Manche übersehen, daß unser Kampf grundsätzlich anders ist als der anderer (z.B. revisionistischer) Organisationen und "Parteien" und sie setzen sich deshalb mit "Werbeaktionen" und anderen Dingen auf dieselbe Ebene wie diese bürgerlichen Organisationen. Sie meinen, politische Praxis mißt sich an der Zahl der gedruckten Rundschreiben, Flugblätter usw. und sie übersehen dabei ganz, daß sie gar nicht die richtige Linie befolgen. Solche Leute sind wie verirrte Ameisen, die dauernd hin und her rennen, aber nicht wissen, wohin sie rennen sollen. Nur daß die Ameisen nicht auch noch schreien: "Das was wir tun, ist die richtige Praxis!" Für solche Leute gilt, was Mao Tsetung als eine der Formen des rein militärischen Gesichtspunkts so darstellt. "Einige Genossen berücksichtigen nicht die subjektiven und objektiven Bedingungen, sind voller revolutionärer Fiebrigkeit; sie wollen keine mühselige, umsichtige Kleinarbeit unter den Massen leisten, schwelgen in Illusionen und wollen nur große Taten vollbringen. Das sind Überreste des Putschismus."

Eine zweite Form der kleinbürgerlichen, falschen Ansichten ist die extreme Demokratisierung (der Ultrademokratismus). Mao Tsetung schreibt: "Nach Eingang der Anweisungen des Zentralkomitees sind Erscheinungen der extremen Demokratisierung im 4. Korps der Roten Armee bedeutend seltener geworden. Zum Beispiel können die Beschlüsse der Partei leichter durchgeführt werden; niemand erhebt

mehr die falschen Forderungen: in der Roten Armee wäre ein sogenannter 'Demokratischer Zentralismus von unten nach oben' durchzuführen oder man müßte 'zunächst unten diskutieren und dann oben Beschlüsse fassen' usw. Tatsächlich aber ist der Rückgang dieser Erscheinungen nur vorübergehend und oberflächlich und bedeutet keineswegs die Ausmerzung solcher Ansichten. Das heißt, daß die extreme Demokratisierung noch tief in den Köpfen vieler Genossen verwurzelt ist. Ein Beweis dafür ist, daß sich z.B. auf verschiedene Weise ein Widerstreben bei der Durchführung von Beschlüssen der Partei zeigt."

Mao Tsetung lehrt, daß die Quelle dieses Ultrademokratismus in der Undiszipliniertheit des Kleinbürgertums zu suchen ist. Das Geschrei von der "Demokratie", die angeblich beim Demokratischen Zentralismus zu kurz kommt, ist ein alter Ladenhüter, mit dem Kleinbürger und Opportunisten gegen die Marxisten zu Felde ziehen. Schon Bakunin schwätzte davon, als er gegen Marx und Engels intrigierte. Marx und Engels haben den Kampf gegen den kleinbürgerlichen Ultrademokratismus mit aller Schärfe geführt. Lenin, Stalin und Mao Tsetung haben das Gleiche getan. Wen kann es da verwundern, daß auch der Renegat Liu Schao-tschi darüber gejammert hat, daß es für ihn und seine Clique "zuwenig Demokratie" gibt? Wen wundert es außerdem, daß die Sowjetrevisionisten bei ihren geifernden Angriffen auf das neue Statut der Kommunistischen Partei Chinas wieder auf derselben Masche reiten? Nehmen wir mit aller Schärfe den Kampf gegen den Ultrademokratismus auf und befolgen wir die von Mao Tsetung genannten Methoden der Berichtigung solcher falschen Anschauungen!

Eng verbunden mit dem Ultrademokratismus sind drei andere Formen falscher, kleinbürgerlicher Anschauungen: die Mißachtung der Organisationsdisziplin, die absolute Gleichmacherei und der Subjektivismus. Die kleinbürgerlichen und opportunistischen Elemente haben nicht gelernt, diszipliniert und kollektiv zu arbeiten. Sie untersuchen nicht die Wirklichkeit, sondern bauen sich ihre eigene Traumwelt: das ist Subjektivismus. Solche Leute sind nicht in der Lage, die gegenwärtige Situation tiefgehend zu analysieren und die Lehren des Marxismus-Leninismus schöpferisch auf unsere Situation anzuwenden. Stattdessen schieben sie dauernd irgendwelche Brocken der marxistischen Ideologie von einem Mundwinkel in den anderen. Ihr Studium besteht darin, nach Zitaten zu suchen, sie aus dem Zusammenhang zu reissen und damit ihre subjektivistischen Fehleinschätzungen zu "belegen" - so wie Kinder im Sandkasten ihre Sandburgen mit allerlei Zierat garnieren. Die Subjektivisten haben ganz große Angst vor jeder wirklich marxistisch-leninistischen theoretischen Arbeit, jeder gründlichen Analyse der Realität. Stattdessen schauen sie mal hierhin, mal dorthin, machen sich ihre eigene kleine "Theorie", nennen das Detailanalyse und meinen, mehr braucht man ja gar nicht. Obwohl die Subjektivisten meistens viel von Praxis schwätzen, liquidieren sie in der Tat die Praxis, weil sie die umfassende theoretische Arbeit ablehnen. In den Worten Marxismus, in den Taten aber Reformismus und Handwerkelei: daran erkennt man die kleinbürgerlichen Elemente, die sich "Marxisten-Leninisten" nennen.

Die Subjektivisten wollen ihren "Sumpf der Phantastereien und des blinden Handelns", wie Mao Tsetung sagt, nicht verlassen. Nein, sie fühlen sich sogar wohl darin. Deshalb gehören Subjektivismus und Mißachtung der Organisationsdisziplin zusammen. Sie kommen ja auch aus der gleichen Wurzel: dem kleinbürgerlichen Individualismus. Ein Individualist und Subjektivist beugt sich nicht dem Willen der Mehrheit oder der höheren Gremien. Wie sollte er auch, wo er doch meint, daß er die Weisheit löffelweise gefressen hat. Wenn er sich mit seiner Meinung nicht durchsetzt - und das ist natürlich meistens so - dann fängt er an, über die mangelnde Demokratie zu lamentieren, Beschlüsse nicht auszuführen und in völlig unmarxistischer Weise herumzukritisieren. Hier müssen wir besonders bedenken, daß Mao Tsetung schreibt: "Subjektivistische Kritik, unbegründeter Klatsch und gegenseitiger Argwohn in der Par-

tei führen oft zu prinzipienlosen Zwistigkeiten und zum Zerfall der Parteiorganisation." Manche Subjektivisten und Opportunisten schrecken nicht davor zurück, ihre desorganisierende Kritik und ihren unbegründeten Klatsch mit dem Mäntelchen einer "kulturrevolutionären Tat" zu verhüllen. Man könnte sagen, das soll uns gar nicht aufregen. Ein Kleinbürger mag das, was er subjektivistisch für die Kulturrevolution hält, in den falschen Hals kriegen und meinen, damit sei jetzt der Demokratische Zentralismus und jede Organisationsdisziplin aufgehoben. Die Marxisten-Leninisten lassen sich durch solches schein-kulturrevolutionäre Geschwätz (das ja auch die Anarchisten und andere bürgerliche Elemente verbreiten) nicht beirren. Wir müssen aber beachten, daß ein solches schein-kulturrevolutionäres Geschwätz eine ungeheure Beleidigung der Großen Proletarischen Kulturrevolution und des Vorsitzenden Mao Tsetung darstellt, der diese Kulturrevolution persönlich geleitet hat. Wir dürfen so etwas nicht durchgehen lassen.

Als Form der Mißachtung der Organisationsdisziplin nennt Vorsitzender Mao Tsetung außer der Mißachtung der Parteibeschlüsse und der desorganisierenden innerparteilichen Kritik noch eine weitere Form der desorganisierenden Kritik: "Viele Parteimitglieder üben Kritik nicht innerhalb, sondern außerhalb der Partei. Das erklärt sich dadurch, daß die Parteimitglieder im allgemeinen noch nicht die Bedeutung der Parteiorganisation (der Versammlungen usw.) begriffen haben und annehmen, die Kritik innerhalb der Organisation unterscheide sich nicht von der außerhalb der Organisation." Da gibt es üble Elemente, die so tief im Sumpf der absoluten Gleichmacherei stecken, daß sie einen Unterschied zwischen Parteimitgliedern und anderen leugnen. Kein Wunder, daß sie überall mit desorganisierender Kritik und unbegründetem Klatsch hausieren gehen, daß sie mit Leuten eifrig korrespondieren, die der Partei schaden wollen, ja, daß sie solche sogar als ihre Vorbilder hinstellen. Natürlich erklären sie, daß das ihre "Privatsache" sei und die Partei im Grund gar nichts anginge.

Vorsitzender Mao Tsetung weist in seiner Schrift "Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei" eindringlich darauf hin, daß die dargestellten falschen Ansichten für die Partei sehr gefährlich werden können und deshalb unbedingt berichtigt werden müssen. Eine marxistisch-leninistische Partei muß entschieden den Kampf aufnehmen, um alle Überreste kleinbürgerlicher und opportunistischer Anschauungen zu liquidieren und die Reihen der Partei zu säubern, so wie uns Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung das gelehrt haben. Dieser Kampf ist gut und nützlich. Auch in ihm wird die marxistisch-leninistische Partei als Avantgarde des Proletariats gestärkt und gestählt. Nehmen wir, geschart um das Zentralkomitee der KPD/ML, diesen Kampf auf!

Verbinden wir das mit der gegenwärtigen Hauptaufgabe der KPD/ML, nämlich der schöpferischen Anwendung der Lehren des Marxismus-Leninismus auf unsere Situation durch Erarbeitung einer Klassenanalyse: Befolgen wir Mao Tsetungs Lehren über die Methoden der Berichtigung falscher Ansichten in der Partei! Die Methoden der Berichtigung des Subjektivismus sind nach Mao Tsetung:

"DIE HAUPTSACHE IST, DIE PARTEIMITGLIEDER SO ZU ERZIEHEN, DASS IHR DENKEN UND DAS INNERPARTEILICHE LEBEN VON EINEM POLITISCHEN UND WISSENSCHAFTLICHEN GEIST DURCHDRUNGEN SIND. UM DIESES ZIEL ZU ERREICHEN, MUSS MAN

1. DIE PARTEIMITGLIEDER LEHREN, MIT DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN METHODE DIE POLITISCHE LAGE ZU ANALYSIEREN UND DIE KLASSENKRÄFTE EINZUSCHÄTZEN, STATT SICH SUBJEKTIVISTISCHER ANALYSEN UND EINSCHÄTZUNGEN ZU BEDIENEN;

2. DIE AUFMERKSAMKEIT DER PARTEIMITGLIEDER AUF SOZIALÖKONOMISCHE UNTERSUCHUNGEN UND FORSCHUNGEN LENKEN, DAMIT SIE DAVON AUSGEHEND DIE KAMPFTAKTIK UND DIE ARBEITSMETHODEN FESTLEGEN KÖNNEN; DIE GENOSSEN ZUR ERKENNTNIS BRINGEN, DASS SIE OHNE DAS STUDIUM DER PRAKTISCHEN UMSTÄNDE IN DEN ABGRUND DER PHANTASTEREI UND DES

BLINDEN DRAUFGÄNGERTUMS STÜRZEN WERDEN;

3. SICH BEI DER INNERPARTEILICHEN KRITIK VOR SUBJEKTIVISMUS, WILLKÜR UND VULGARISIERUNG DER KRITIK HÜTEN; JEDE MEINUNGSÄUSSERUNG MUSS AUF TATSACHEN BERUHEN, DIE KRITIK MUSS DEN POLITISCHEN ASPEKT BETONEN."

RADIO TIRANA

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6- 6,30 h	41,50 Meter	215 Meter
13-13,30 h	32,41 Meter	
14,30-15 h	32,41 Meter	
16-16,30 h	32,41 Meter	
18-18,30 h	32,41 Meter	
19-19,30 h	41,50 Meter	
21,30-22 h	41,50 Meter	
23-23,30 h	41,50 Meter	215 Meter

ZU EHREN LENINS

An das
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

An den
Staatsrat der Volksrepublik China

"Schließen wir uns zusammen, um noch größere Siege zu erringen."

Genossen,

ein Jahr nach dem äußerst erfolgreichen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, zum 100. Geburtstag des großen Führers des Proletariats, W.I. Lenins, hat diese Weisung des Vorsitzenden Mao Tsetung zu einem neuen großen Sieg geführt: Ein chinesischer Erdsatellit verkündet den Völkern der Welt die revolutionäre Botschaft "Der Osten ist rot". Während die sowjetische Renegatenclique in Worten heuchlerisch den Namen Lenin im Munde führt, in Taten aber die Restauration des Kapitalismus intensiviert, führt die große ruhmreiche und korrekte Kommunistische Partei Chinas mit Vorsitzendem Mao Tsetung an der Spitze das Erbe Lenins fort.

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten beglückwünscht die chinesische kommunistische Partei, den Staatsrat der Volksrepublik Chinas, das chinesische Volk zu dem erfolgreichen Start des ersten chinesischen Erdsatelliten. Dieser jüngste Sieg der Maotsetungideen ermutigt die Marxisten-Leninisten in aller Welt, das große rote Banner der Maotsetungideen höher zu tragen, fest entschlossen zu sein, keine Opfer zu scheuen und alle Schwierigkeiten zu überwinden, um den Sieg zu erringen.

Es lebe die Kommunistische Partei Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze!

Es lebe die Volksrepublik China, das unbesiegbare Zentrum der Weltrevolution!

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS/MARXISTEN-LENINISTEN

Zentralkomitee